



# **ROHSTOFFE DER DIGITALEN ZUKUNFT: ZEIT FÜR EIN SOZIAL-ÖKOLOGISCHES UPGRADE**

## **Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft Rohstoffe**

Mineralische Rohstoffe sind auf unserem Planeten nur endlich vorhanden. Ihr Abbau geht zum Teil mit gravierenden ökologischen und sozial schädlichen Auswirkungen einher. Die Art und Weise, wie und in welcher Menge die „Hardware“ unserer digitalen Zukunft produziert wird, ist mitentscheidend über nachhaltige Entwicklung, ökologische Auswirkungen, regionale Konflikte und Arbeitsbedingungen in anderen Regionen und Kontinenten.

Der Gesamt-Rohstoffverbrauch in Europa ist bereits jetzt übermäßig hoch und unmöglich auf alle Menschen der Erde verallgemeinerbar.<sup>1</sup> Der Import mineralischer Rohstoffe<sup>2</sup> ist auch im Rahmen von Industrie 4.0 oder der so genannten digitalen bzw. vierten industriellen Revolution von großer Bedeutung. Die österreichische Bundesregierung hat demzufolge eine entsprechende Rohstoffstrategie entwickelt.<sup>3</sup> Deren primäres Ziel ist die Versorgungssicherheit für die heimische Wirtschaft.

Eine Auseinandersetzung mit den bekannten, wohldokumentierten sozialen und ökologischen Problemen im Zusammenhang mit Rohstoffabbau, -verarbeitung und -verwendung wird jedoch weitgehend vermieden.

Die AG Rohstoffe setzt sich für eine menschenrechtskonforme, gerechte, demokratische, entwicklungspolitisch kohärente und ökologisch nachhaltige Rohstoffpolitik ein. Als zivilgesellschaftliche Organisationen mit Expertise in den Bereichen Menschenrechte, Umweltschutz und nachhaltige Entwicklung und aufgrund unserer direkten Kontakte zu Betroffenen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren in Abbau- und Verarbeitungsländern des globalen Südens sehen wir die Notwendigkeit, auf Lücken und Fehlorientierungen der österreichischen Rohstoffpolitik hinzuweisen und sind davon überzeugt, einen wichtigen Beitrag für deren Optimierung leisten zu können.



# **NATURZERSTÖRUNG UND MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT ABBAU, VERARBEITUNG UND ENTSORGUNG MINERALISCHER ROHSTOFFE**

Die Europäische Union ist eine wichtige Importeurin von mineralischen Rohstoffen und hat als Wirtschaftsraum daher eine große Bedeutung für die internationalen Rohstoffmärkte. Etwa 16 Prozent der weltweit gehandelten Rohstoffe Zinn, Wolfram, Tantal und Gold findet beispielsweise seine Abnehmer in den EU-Mitgliedsstaaten.<sup>4</sup> Zusätzlich werden enorme Mengen dieser Rohstoffe in bereits verarbeiteter Form als Bestandteile von Produkten wie z.B. Laptops, Smartphones oder andere elektronische Geräte importiert.

Eine auf digitalen und hochspezialisierten Technologien basierende Wirtschaft wird aufgrund ihres Wachstumspotentials als Hoffnung für unsere Wirtschaft und Gesellschaft gesehen. Dabei wird jedoch oft vergessen, dass diese moderne und „digitalisierte“ Gesellschaft auf „Hardware“ aufbaut, deren Herstellung keineswegs „von Natur aus“ unter umwelt- und klimaschonenden Voraussetzungen oder fairen Arbeitsbedingungen stattfindet. Aus unserer Sicht ist die massive Digitalisierung unserer Lebenswelt daher nur dann positiv zu bewerten, wenn sie zu einer echten nachhaltigen Entwicklung hierzulande und auf dem gesamten Globus beizutragen vermag. Ansonsten droht, dass die europäische digitale Revolution „Industrie 4.0“ einen „Ressourcenfluch 4.0“ in anderen Erdteilen hervorrufft.<sup>5</sup>

Die Menschheit verbraucht aktuell mehr natürliche Ressourcen als je zuvor und dies verursacht ernsthafte Schäden. Unser Klima verändert sich; Trinkwasserreserven, Fischbestände und Wälder schrumpfen; fruchtbares Land wird zerstört und Tier- und Pflanzenarten sterben

<sup>1</sup> Siehe z. B. United Nations Environment Programme (UNEP): Global Material Flows and Resource Productivity. An Assessment Study of the UNEP International Resource Panel, 2016, [http://www.isa.org.usyd.edu.au/about/16-00271\\_LW\\_Global-MaterialFlowsUNE\\_SUMMARY\\_FINAL\\_160701.pdf](http://www.isa.org.usyd.edu.au/about/16-00271_LW_Global-MaterialFlowsUNE_SUMMARY_FINAL_160701.pdf)

<sup>2</sup> „Mineralische Rohstoffe bezeichnen den mineralischen Bestandteil der Erdkruste, nach welchem eine Nachfrage besteht, sowie Gewinnungsprodukte des Bergbaus im weitesten Sinne einschließlich der durch Aufbereitungsprozesse erzeugten Konzentrate.“ (Definition lt. Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft: World Mining Data, <https://www.en.bmwf.gv.at/Energie/WorldMiningData/Seiten/Definitions.aspx>)

<sup>3</sup> <https://www.bmwf.gv.at/EnergieUndBergbau/Rohstoffstrategie/Seiten/default.aspx>

<sup>4</sup> Global Witness: An effective responses to the conflict minerals trade, 2015, [https://www.globalwitness.org/documents/18065/INTA\\_Vote\\_Briefing\\_-\\_An\\_Effective\\_Response\\_8\\_May\\_2015\\_FINAL.pdf](https://www.globalwitness.org/documents/18065/INTA_Vote_Briefing_-_An_Effective_Response_8_May_2015_FINAL.pdf) (basierend auf UN Comtrade Statistiken).

<sup>5</sup> Siehe PowerShift: Ressourcenfluch 4.0. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen von Industrie 4.0 auf den Rohstoffsektor, 2017, <https://power-shift.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/02/Ressourcenfluch-40-rohstoffe-menschenrechte-und-industrie-40.pdf>

aus. Besonders die armen Bevölkerungsteile weltweit spüren bereits jetzt die negativen Auswirkungen des Überkonsums des kleinen „reichen“ Teils der Weltbevölkerung.

Der Abbau von – und Handel mit – Rohstoffen verursacht in Ländern des „Globalen Südens“ häufig gravierende Menschenrechtsverletzungen und Konflikte und trägt zu Umweltzerstörung bei. Wertschöpfungsketten im IT-Bereich sind sehr komplex und global organisiert. Laptops, Tablets und Smartphones werden aus vielen verschiedenen Komponenten zusammengesetzt, die an unterschiedlichen Orten produziert werden und eine Vielzahl von Rohstoffen enthalten. Ein Smartphone beinhaltet bis zu 50 verschiedene Metalle. Die Herkunft der Rohstoffe ist meist nur sehr schwer nachvollziehbar, da es in diesem Sektor keine umfassenden Transparenzbestimmungen gibt.

Schlechte Arbeitsbedingungen in den Lieferketten der Elektronikindustrie sind durch viele Studien und Berichte belegt.<sup>6</sup> In vielen Ländern erhalten ArbeiterInnen sehr niedrige Löhne für harte, gesundheitsschädliche und gefährliche Arbeit. Informelle Beschäftigungsverhältnisse, mangelnde Arbeitsschutzkleidung und eine hohe Zahl an vermeidbaren Arbeitsunfällen sind keine Seltenheit. Diese Zustände widersprechen in jedem Fall geltenden internationalen und oft auch nationalen Arbeitsrechtsstandards.

Politik und Wirtschaft beginnen, sich in Multi-Stakeholder-Initiativen und mittels normativer Rahmenwerke mit den Auswirkungen des gigantischen Rohstoffverbrauchs auf Menschen und Umwelt sowie mit den Problemen in den Fertigungsketten auseinanderzusetzen. In der 2015 von der UN-Vollversammlung einstimmig verabschiedeten Agenda 2030<sup>7</sup> mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) wurden Nachhaltigkeits- und Entwicklungsagenden zusammengeführt. Die Weltgemeinschaft hat sich damit klare Ziele gesetzt, die alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Soziales, Umwelt, Wirtschaft – gleichermaßen abbilden sollen. Die nachhaltigen Entwicklungsziele Nr. 8 (Decent Work) und Nr. 12 (Sustainable Consumption and Production), sowie eine ganze Reihe umweltrelevanter Ziele (Nr. 6 – Clean Water, Nr. 9 – Industrial Resource Efficiency, Nr. 15 – Deforestation) sind richtungsweisend für den Bereich der Rohstoffpolitik(en). Sie gelten für alle Staaten, das heißt für Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer gleichermaßen und sollen bei sämtlichen nationalen

<sup>6</sup> Siehe z. B. Publikationen von Electronics Watch [http://electronicswatch.org/de/publikationen\\_1633](http://electronicswatch.org/de/publikationen_1633)

<sup>7</sup> <https://sustainabledevelopment.un.org/>

und internationalen Aktivitäten und deren Auswirkungen berücksichtigt werden.

In den letzten Jahren sind unter dem Schlagwort „Konfliktmineralien“ verschiedene Regulierungsinitiativen ins Leben gerufen worden, die verhindern sollen, dass Unternehmen in ihrer Beschaffung bewaffnete Konflikte finanzieren. Allerdings betreffen diese Sorgfaltsprüfungspflichten (Due-Diligence-Pflichten), die etwa in der EU ab 2021 umgesetzt werden müssen, nur wenige Rohstoffe, nur wenige Unternehmen und nur einen Bereich typischer Menschenrechtsverletzungen im Geschäft mit Rohstoffen, was ihre Wirksamkeit stark einschränken wird. Die nunmehr beschlossene

EU-Verordnung für Sorgfaltspflichten für Importe der genannten Mineralien und Metalle ist zwar ein wichtiger erster Schritt in Richtung mehr Transparenz, da durch sie erstmals Sorgfaltsprüfungen verpflichtend werden, allerdings sind substantielle Nachbesserungen nötig (Siehe Seite 7).

Um Konsum und Produktion von IT-Produkten nachhaltiger und menschenrechtskonform zu gestalten, sind ein gestärktes gesellschaftliches Bewusstsein, intensive und konstruktive Stakeholder-Dialoge, ambitionierte Industrieprogramme und wirkungsvolle Regulierungsmaßnahmen notwendig.

## PRINZIPIEN FÜR EINE ROHSTOFFPOLITIK 4.0

### SENKUNG DES PRIMÄRROHSTOFFVERBRAUCHS

Mineralische Rohstoffe sind auf unserem Planeten nur endlich vorhanden. Ihr Abbau geht zum Teil mit gravierenden ökologischen und sozial schädlichen Auswirkungen einher. Österreich und Europa müssen eine echte „Rohstoffwende“ vollziehen und den Einsatz von neu geförderten und importierten mineralischen Rohstoffen in absoluten Zahlen massiv verringern.<sup>8</sup>

Der Abbau von Primärrohstoffen muss, soweit dieser erforderlich ist, **unter Berücksichtigung folgender Prinzipien** erfolgen:

#### ÖKOLOGISCH

Am Beginn der Produktionskette müssen – u.a. durch fortschrittliche Umweltgesetzgebung und deren Durchsetzung durch regionale und nationale Behörden, sowie durch den Einsatz der jeweils umweltfreundlichsten Technologien – die negativen Auswirkungen der Ressourcenextraktion möglichst gering gehalten werden. Auch die weiterverarbeitenden (internationalen) Betriebe stehen hier in der Verantwortung für ihre Beschaffungskette.

Gesamtgesellschaftlich und politisch müssen Anstrengungen bezüglich der Reduktion der Konsumfrequenz (z. B. Langlebigkeit und Reparierbarkeit von elektronischen Geräten), Reduktion des Einsatzes von toxischen Materialien, ökologischem Design, Ressourceneffizienz und Rohstoffrecycling unternommen werden.

<sup>8</sup> Während es im Laufe des 20. Jahrhunderts eine Tendenz der relativen Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch zu beobachten war, scheint es in den letzten Jahren zu einem re-coupling zu kommen, d.h. der Ressourceneinsatz steigt stärker als die globale Wirtschaftsleistung. Siehe: United Nations Environment Programme (UNEP): Resource Efficiency: Potential and Economic Implications, 2016, <https://www.env.go.jp/press/files/jp/102839.pdf>

#### DEMOKRATISCH

Bergbauoperationen sollen nur auf Grundlage einer freien, vorab durchgeführten und auf Information basierenden Zustimmung<sup>9</sup> der lokalen Bevölkerung durchgeführt werden können. Oftmals wird der Abbau eines Rohstoffvorkommens mit dem „nationalen (Entwicklungs-)Interesse“ begründet. Tatsächlich profitiert vielfach aber nur ein relativ kleiner Kreis. Viel größere Bevölkerungsgruppen haben überwiegend negative Auswirkungen zu tragen. Es ist daher absolut notwendig, dass über Bergbaupolitiken und konkrete große Operationen ein transparenter und inklusiver öffentlicher Diskurs geführt wird, der in demokratische Entscheidungsprozesse mündet. Oftmals befinden sich Rohstoffvorkommen auf den Territorien indigener Völker. Internationale Konventionen und teilweise auch nationale Gesetze räumen ihnen besondere Rechte im Zusammenhang mit den sie betreffenden Großprojekten ein. Um diese Rechte effektiv durchsetzen zu können, bedarf es bestmöglicher Unterstützung.

#### GERECHT

Unsere rohstoffintensiven mitteleuropäischen Lebensstile sind nicht nachhaltig und nicht für alle Menschen verallgemeinerbar. Europa verbraucht übermäßig viel an Rohstoffen<sup>10</sup> und hinterlässt enorme Mengen an (toxischen) Abfällen. Gleichzeitig werden die Profite der Rohstoffextraktion und -aufbereitung äußerst unfair verteilt: die lokalen Bevölkerungen am Abbau-Ort kämpfen mit den schädlichen Auswirkungen, hohe Gewinnmargen

<sup>9</sup> Free, prior and informed consent (FPIC)

<sup>10</sup> Siehe z. B. United Nations Environment Programme (UNEP): Global Material Flows and Resource Productivity. An Assessment Study of the UNEP International Resource Panel, 2016, [http://www.isa.org.usyd.edu.au/about/16-00271\\_LW\\_Global-MaterialFlowsUNE\\_SUMMARY\\_FINAL\\_160701.pdf](http://www.isa.org.usyd.edu.au/about/16-00271_LW_Global-MaterialFlowsUNE_SUMMARY_FINAL_160701.pdf)

entstehen aber erst entlang der Wertschöpfungskette. Transnationale Konzerne entziehen sich durch Steuer-  
vermeidungspraktiken ihren Steuerpflichten. Eine fairere  
Verteilung der Rohstoff-Profite und größere Transparenz  
ist absolut geboten.

#### ENTWICKLUNGS- POLITISCH KOHÄRENT

Die Nutzung natürlicher Ressourcen soll vor-  
rangig im Interesse der regionalen und nationalen  
Entwicklung und zum Wohl der Bevölkerung des roh-  
stoffexportierenden Landes erfolgen.<sup>11</sup> Vor allem roh-  
stoffreiche Entwicklungs- und Schwellenländer müs-  
sen die Möglichkeit haben, die durch den Abbau von  
Rohstoffen erzielten Erlöse zur Diversifizierung ihrer  
Wirtschaft, für die Schaffung von lokalen Arbeitsplätzen  
und für eine breite, nachhaltige Entwicklung einzusetzen.  
Das Ziel der lokalen Entwicklung muss Priorität vor den  
Interessen transnationaler Konzerne haben. Investitions-  
schutzabkommen und Strategien rohstoffimportierender  
Staaten („undistorted access to raw materials“) müssen  
dementsprechenden Gestaltungsspielraum erlauben.

Im entwicklungspolitischen Diskurs hat währenddessen  
das Konzept der Politikkohärenz für Entwicklung große  
Bedeutung gewonnen und wird u. a. von OECD<sup>12</sup> und  
EU<sup>13</sup> nachdrücklich betont. Kohärenz bedeutet, dass  
alle Politikbereiche übergeordnete Entwicklungsziele  
unterstützen bzw. zumindest nicht untergraben sollen.

#### MENSCHENRECHTS- KONFORM

Österreich trägt eine Mitverantwortung für  
den weltweiten Schutz von Menschenrechten im Zu-  
sammenhang mit der Extraktion und Aufbereitung von  
Rohstoffen. Extraterritoriale Schutzpflichten vor Men-

schensrechtsverstößen können in folgenden Bereichen  
festgemacht werden: Beschaffungsketten österreichi-  
scher Unternehmen, Finanzierung von Rohstoffprojekten  
durch Finanzmarktakteurinnen und -akteure, Export  
von Anlagen und Equipment für Rohstoffabbau und  
-verarbeitung, Abschluss von Handels- und Inves-  
titionsschutzabkommen bzw. die Möglichkeiten von  
Konzernen, gegen Regulierungen zu klagen, Schutz  
von MenschenrechtsverteidigerInnen sowie Außenwirt-  
schaftsförderung.

In den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschen-  
rechte 2011 wurde eine umfassende Verantwortung von  
Unternehmen für ihre Lieferkette festgeschrieben. Um  
Wirksamkeit zu entfalten, müssen diese Leitprinzipien  
allerdings verbindlichen Charakter bekommen, und  
entsprechend in internationale Normen und nationale  
Rechtssysteme implementiert werden. Österreich ist  
angehalten, bestehende internationale Instrumente  
effektiv umzusetzen sowie sich an der Entwicklung von  
wirkungsvollen, neuen Initiativen zu beteiligen.

#### TRANSPARENT

Der Rohstoffbereich zählt international zu den Wirt-  
schaftssectoren mit dem höchsten Korruptionsrisiko.  
Zudem sind durch die länderübergreifende Strukturen  
der in Rohstofflieferketten tätigen Unternehmen auch  
Praktiken von Steuervermeidung häufig anzutreffen.  
Dadurch gehen den rohstoffreichen Ländern wich-  
tige Einnahmen verloren. In den letzten Jahren sind  
auf internationaler Ebene etliche Initiativen (z.B. EITI<sup>14</sup>,  
OECD/BEPS<sup>15</sup>) entstanden, die eine höhere Transpa-  
renz im Rohstoffsektor zum Ziel haben. Diese Initiativen  
müssen ausgeweitet und verbessert werden und die  
Transparenzbestimmungen in verbindliche Gesetze  
gegossen werden.

<sup>11</sup> Siehe z. B. UN Declaration on Permanent Sovereignty over  
Natural Resources, 1962 und UN Declaration for the Establish-  
ment of a New International Economic Order, 1974

<sup>12</sup> <http://www.oecd.org/pcd/>

<sup>13</sup> [http://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development\\_en](http://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development_en)

<sup>14</sup> Extractive Industries Transparency Initiative <https://eiti.org/>

<sup>15</sup> Base Erosion and Profit Shifting (BEPS); 2013 wurde von  
der OECD ein Aktionsplan gegen die geplante Verminderung  
steuerlicher Bemessungsgrundlagen und das grenzüber-  
schreitende Verschieben von Gewinnen durch multinationale  
Konzerne verabschiedet. <http://www.oecd.org/tax/beps/>

## UNSERE EMPFEHLUNGEN AN DIE POLITIK

Vorrangiges Ziel einer Rohstoffpolitik in ihrer herkömmlichen Definition ist eine kostengünstige und gesicherte Versorgung der heimischen Wirtschaft mit Rohstoffen<sup>16</sup>. Aus Sicht der AG Rohstoffe muss Rohstoffpolitik breiter gedacht und in eine umfassende Ressourcenpolitik eingebettet werden. Sie muss sich ökologischen und sozialen Zielen unterordnen sowie die Interessen der

Ursprungsländer miteinbeziehen. Eine sozial gerechte und nachhaltige Rohstoffpolitik muss daher politikfeldübergreifend konzipiert und umgesetzt werden. Es braucht dafür sowohl nationale Maßnahmen als auch die Koordination von Strategien auf internationaler Ebene unter Einbeziehung von staatlichen und nicht-staatlichen Akteurinnen und Akteuren.

## HANDELS- UND ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die steigende Nachfrage nach bestimmten mineralischen Rohstoffen hat dazu geführt, dass die EU sowie andere Industrieländer Strategien verfolgen, um „unverzerrten“ Zugang zu Rohstoffen zu erhalten. Antriebsfeder der EU und ihrer Mitgliedsstaaten sind Versorgungssicherheit und Importunabhängigkeit. Ein wichtiges Instrument zur Durchsetzung dieser Strategien ist die Handels- und Investitionspolitik der EU.

In Freihandelsabkommen, die die EU mit anderen Ländern abschließt, werden etwa Exportbeschränkungen von unverarbeiteten Rohstoffen und Zölle auf Rohstoffexporte als nicht zulässig erklärt. Investitionsschutzabkommen enthalten oft Bestimmungen, die den wirtschaftspolitischen Gestaltungsspielraum von Entwicklungsländern (right to regulate), mit dem Ziel, eine höhere Wertschöpfung im Rohstoffsektor zu generieren, stark einschränken.

Die menschenrechtliche Verantwortung von Unternehmen bleibt hingegen im Gegensatz zu Handels- und Investitionsschutzbestimmungen vage und nachrangig. Die vorhandenen Menschenrechtsklauseln sind schwer durchsetzbar, und das, obwohl fast ein Drittel der Vorwürfe von Menschenrechtsverletzungen im globalen Wirtschaftsgeschehen den extraktiven Sektor betreffen.

Im entwicklungspolitischen Diskurs hat währenddessen das Konzept der Politikkohärenz für Entwicklung große Bedeutung gewonnen und wird u. a. von OECD<sup>17</sup> und EU<sup>18</sup> nachdrücklich betont. Kohärenz bedeutet, dass alle Politikbereiche übergeordnete Entwicklungsziele unterstützen bzw. zumindest nicht untergraben sollen.

In diesem Sinne sollten wirtschafts- und handelspolitische Maßnahmen, etwa der Abschluss von Rohstoff-, Handels- und Investitionsschutzabkommen so ausgestaltet werden, dass sie einer Kohärenz-Überprüfung hinsichtlich ihres Beitrags zu nachhaltiger Entwicklung standhalten.

<sup>16</sup> Vgl. <https://www.swp-berlin.org/swp-themendossiers/minerale-und-metalle/glossar/>

<sup>17</sup> <http://www.oecd.org/pcd/>

<sup>18</sup> [http://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development\\_en](http://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development_en)

**Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:**

### REFORM DER EU-HANDELSPOLITIK

→ Die österreichische Bundesregierung soll sich dafür einsetzen bzw. festlegen, dass künftig vor Verhandlungsbeginn zu **Handels- und Investitionsschutzabkommen** ökonomische, ökologische und **menschenrechtliche Folgenabschätzungen** durchgeführt und deren Empfehlungen in den Verhandlungsmandaten berücksichtigt werden. Im Sinne der Demokratisierung der Europäischen Union müssen die nationalen Parlamente schon viel früher, nämlich bereits bei der Vergabe eines Mandats für Verhandlungen zu einem Handelsabkommen, einbezogen werden. Es muss garantiert werden, dass Handelsabkommen nicht die Spielräume von Staaten einschränken, **Maßnahmen für inklusive wirtschaftliche Entwicklung umzusetzen und Menschenrechte zu schützen (right to regulate)**. Es muss die Möglichkeit erhalten werden, durch Exportzölle wichtige Einnahmen zu generieren, Exportmengen zu regulieren und industriepolitische Maßnahmen zu formulieren.

→ Zudem sollten **ausländische InvestorInnen keine Sonderbehandlung bzw. parallele Gerichtssysteme** bekommen und Investor-State-Dispute-Settlement (ISDS)-Klauseln sollten aus den Handels- und Investitionsabkommen ersatzlos gestrichen werden.

### ENTWICKLUNGSPOLITIK: STÄRKUNG VON KAPAZITÄTEN VON STAAT UND ZIVILGESELLSCHAFT

→ Entwicklungspolitische Strategien müssen die Kapazitäten der Partnerländer für eine **effektive Gestaltung und Regulierung des Rohstoffsektors** stärken. Dazu gehören Bergbaugesetze<sup>19</sup>, die die lokale Entwicklung, das Recht auf Beteiligung und den Schutz der Bevölkerung vor negativen Auswirkungen im Zentrum haben. Dazu zählen auch die Umsetzung von

<sup>19</sup> Siehe z.B. International Alliance on Natural Resources in Africa (IANRA): Model Law on Mining on Community Land in Africa, 2016, <http://ianra.org/images/images/PDFs/IANRA-Model-Law-2016.pdf>

Umwelt- und Sozialstandards sowie die Verbesserung von Verhandlungskapazitäten und Know-How im Bereich der Vergabe von Bergbaukonzessionen und anderen Verträgen. Ein zentraler Bereich ist auch die Implementierung eines transparenten und effizienten Public Financial Management, sowohl im Einnahmen- als auch im Ausgabenbereich, auch um die Rechenschaftspflicht der Regierung gegenüber der Bevölkerung zu erhöhen. Wichtig sind in diesem Zusammenhang auch die Unterstützung und der Kapazitätenaufbau von zivilgesellschaftlichen AkteurenInnen.

→ Damit der Rohstoffsektor mehr zu lokaler Entwicklung beitragen kann, müssen auch auf internatio-

ner Ebene die Bemühungen zur **Bekämpfung von Steuerflucht** verstärkt werden sowie Maßnahmen für eine Stabilisierung der Rohstoffpreise umgesetzt werden, etwa durch Regulierungen, die den Einfluss von Finanzmarktakteuren reduzieren.

→ Da mittelfristig kein Land vorrangig von Ressourcenausbeutung abhängig sein soll und zudem mineralische Ressourcen endlich sind, ist es auch eine wichtige Aufgabe von Entwicklungspolitik, **Strategien für eine Erhöhung von Wertschöpfung und für wirtschaftliche Diversifizierung** zu unterstützen und somit zum Aufbau von Alternativen zum Bergbau zu beizutragen.

## **ÜBERNAHME VON VERANTWORTUNG IN GLOBALEN LIEFERKETTEN**

Sowohl der Abbau, die Aufbereitung und die Verarbeitung von Rohstoffen als auch die Herstellung von Elektronikprodukten wird weltweit von wenigen transnationalen Unternehmen kontrolliert. Diese haben Produktionsschritte weitgehend dorthin ausgelagert, wo Rohstoffe und Arbeitskraft billig verfügbar sind und Staaten Umweltschutzbestimmungen, ArbeitnehmerInnenrechte und Menschenrechte generell schwer durchsetzen (können). Die Folgen sind oftmals katastrophale ökologische Auswirkungen und ausbeuterische Bedingungen in der Rohstoffextraktion und ihrer Weiterverarbeitung bis hin zur Fertigung von IT- und Elektronikprodukten. Österreichische und europäische Unternehmen profitieren über ihre Liefer- und Wertschöpfungskette unmittelbar von den Rohstoffen, die unter menschenrechtlich und ökologisch problematischen Bedingungen abgebaut und verarbeitet wurden.

Eine aktive Zivilgesellschaft ist wichtig, um Umweltzerstörung, Menschenrechtsverletzungen, Korruption und ausbeuterische Arbeitsbedingungen aufzuzeigen. Durch zivilgesellschaftliche Organisationen kann die betroffene Bevölkerung ihre Interessen besser vertreten und etwa Wiedergutmachung und Entschädigung einfordern. Zentral ist auch das Engagement einer globalen Zivilgesellschaft für faire Arbeitsbedingungen und bessere Umweltstandards. Der Handlungsspielraum für Organisationen der Zivilgesellschaft wird aktuell weltweit beschnitten.<sup>20</sup> Lokale NGOs, AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen werden eingeschüchtert, kriminalisiert, tödlich angegriffen oder sogar ermordet.

Im öffentlichen Sektor haben soziale Verantwortung und

Nachhaltigkeit sowie Transparenz und fairer Wettbewerb einen hohen Stellenwert, und öffentliche Beschaffung gilt zunehmend als wichtiger Hebel, um auf Verbesserungen im sozialen Bereich und im Umweltbereich hinzuwirken. Öffentliche Institutionen sind oft Großabnehmer von IT-Hardware und erwerben diese Produkte häufig auf Grundlage langfristiger Verträge. Sie sind mit ihrer enormen Kaufkraft in der Lage, Marktchancen für Unternehmen zu schaffen, die sich zur Achtung der Umwelt und Arbeitsrechte und zur Einhaltung von Sicherheitsstandards in globalen Lieferketten verpflichten, und sie können diese Unternehmen zur Rechenschaft ziehen, falls sie ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Die neuen EU-Vergaberichtlinien (RL 2014/24/EU<sup>21</sup>) sowie das neue Bundesvergabegesetz (BVergG 2016<sup>22</sup>) und der Österreichische Aktionsplan zur nachhaltigen öffentlichen Beschaffung<sup>23</sup> bieten die Grundlage dafür.

**Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:**

→ Die Bestimmungen zur globalen Verantwortung von international agierenden Unternehmen der **UN-Leitsätze für Wirtschaft und Menschenrechte** müssen **rechtsverbindlich** werden. Dazu braucht es eine gesetzliche Verpflichtung von Unternehmen, Verantwortung für die ökologischen und sozialen Wirkungen auch im Rahmen ihrer Liefer- und Wertschöpfungskette zu übernehmen. Wir fordern eine **menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungspflicht** von Unternehmen, die mittels Risiko- und Folgenabschätzungen ihre Aktivitäten und Geschäftsbeziehungen auf Menschenrechte und Umwelt entlang der gesamten Wertschöpfungskette analysieren müssen.

<sup>20</sup> Vgl. z. B. European Parliament: Shrinking space for civil society: the EU response, 2017, [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/578039/EXPO\\_STU\(2017\)578039\\_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/578039/EXPO_STU(2017)578039_EN.pdf); Unmüßig: Shrinking, Closing, No Space - Zivilgesellschaft unter Druck, 2016, [https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/03/zivilgesellschaft\\_unter\\_druck\\_shrinking\\_spaces.pdf](https://www.boell.de/sites/default/files/uploads/2016/03/zivilgesellschaft_unter_druck_shrinking_spaces.pdf)

<sup>21</sup> <http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/ALL/?uri=celex:32014L0024>

<sup>22</sup> <https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=20004547>

<sup>23</sup> <http://www.nachhaltigebeschaffung.at/>

Unternehmen müssen verpflichtet werden, wirksame Maßnahmen umzusetzen, um entsprechende Risiken zu minimieren. Verursachte Schädigungen an Mensch und Umwelt müssen mit Haftungsmechanismen verknüpft werden, um die Opfer zu entschädigen und Risikokosten für Unternehmen zu begründen. Schadenersatz soll vor österreichischen Gerichten einklagbar sein.

- Auf internationaler Ebene soll der 2014 begonnene Prozess um einen **UN-Vertrag zu Wirtschaft und Menschenrechte** von Österreich dahingehend genutzt werden, sich für wirksame, verbindliche und global anwendbare Menschenrechtsstandards für global agierende Unternehmen einzusetzen und komplementär zur nationalen Implementierung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte auch auf internationaler Ebene an einem gemeinsamen Verständnis zur globalen Verantwortung von Unternehmen zu arbeiten und dies verbindlich umzusetzen.
- Die im März 2017 beschlossene **EU-Konfliktmineralienverordnung** soll in Österreich ambitioniert umgesetzt werden. Österreich soll sich an der Erarbeitung von verbindlicheren Kriterien der Sorgfaltsprüfungspflicht (Due-Diligence-Pflichten) für rohstoffimportierende Unternehmen beteiligen und sich für wirkungsvolle Maßnahmen einsetzen. Die Kompetenz, Regeln für den Verstoß gegen die Verordnung national umzusetzen, soll anspruchsvoll ausgeschöpft werden, indem im Falle der Nichterfüllung empfindliche Bußgelder zu zahlen sind. Es dürfen keine Anreize geschaffen werden, die Anforderungen zu unterlaufen.
- Als eine Option zur Sicherstellung sozial verant-

wortlicher **öffentlicher Beschaffung** in der IT- und Elektronikindustrie sollen öffentliche Auftraggeber in Österreich der Monitoring-Organisation Electronics Watch<sup>24</sup> beitreten. Electronics Watch organisiert öffentliche Auftraggeber europaweit und stellt – im Rahmen der jeweiligen Vergaberichtlinien – jene Instrumente bereit, die sie benötigen, um eine wirksame Nachfrage nach fairen Arbeitsbedingungen in ihren Lieferketten zu schaffen. Öffentliche Auftraggeber integrieren die Vertragsbedingungen von Electronics Watch in ihre Lieferverträge für IT-Hardware und verpflichten so ihre Zulieferer, für die Einhaltung der Arbeitsrechte und Sicherheitsstandards entlang der Lieferkette zu sorgen.

- Zum Schutz der **Rechte indigener Völker** soll Österreich die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) ratifizieren. Dieses Abkommen erkennt die Landrechte indigener Völker an und schützt diese. Das Übereinkommen verbietet UN-Mindeststandards für Konsultations- und Mitbestimmungsrechten für indigene Völker bei sie betreffenden Projekten. Österreich hat bisher die Ratifizierung des Abkommens vor allem mit dem Argument abgelehnt, dass es hierzulande keine indigene Bevölkerung gebe. Dieses greift jedoch zu kurz, da Aktivitäten österreichischer Unternehmen sowie die österreichische Außen- und Entwicklungspolitik sehr wohl Auswirkungen auf indigene Völker haben. Eine Ratifizierung nach dem Vorbild anderer europäischer Staaten, wie den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Spanien, würde Bewusstsein schaffen, Betroffene unterstützen und die Konvention grundsätzlich stärken.

<sup>24</sup> <http://electronicswatch.org/de>

## **UMWELTSCHUTZ**

Die Umweltauswirkungen der „Digitalisierung“ sind vielfältig. Sie fangen beim Abbau und der Aufbereitung der Rohstoffe für die Verarbeitung zur Hardware an, gehen über die Nutzungs- und Lebensdauer, ihrem Energieverbrauch bis hin zum „End of Life“ der Produkte. Die Gewinnung und Aufbereitung von Rohstoffen ist energieintensiv und geht in aller Regel mit erheblichen Eingriffen in die Natur wie etwa den Wasserhaushalt einher. Auch werden insbesondere beim Tagebau große Flächen über lange Zeiträume nachhaltig zerstört, und müssen aufwendig renaturiert werden. Insbesondere in den Erzeugerländern führt die Emission von Schadstoffen in Wasser, Boden und Luft, sowie die Deponie der Reststoffe zu gravierenden Belastungen für die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung. Je nach Rohstoff und Art des Abbaus treten eine Vielzahl unterschiedlicher Umweltauswirkungen auf, da in Abhängigkeit von den verwendeten Technologien z.T. auch in Europa bereits

verbotene toxische Substanzen angewendet werden.

Der stetig wachsende Rohstoffhunger der Digitalisierung erfordert einen nachhaltigen Umgang mit Ressourcen, es ist daher unabdingbar, geringe negative Umweltauswirkungen bei Herstellung, Verbrauch/Gebrauch und Entsorgung zu gewährleisten. Der Wechsel hin zu weniger ressourcenintensiven Formen des Konsums ist daher dringend nötig. Die drei Säulen dafür sind „weniger, besser, anders“. Denn ohne die Kombination von Effizienz und (Selbst)begrenzung (Suffizienz) sowie die Berücksichtigung der Naturverträglichkeit (Konsistenz) wird es nicht gehen. Konsistenz sucht umweltverträgliche Technologien, die die Ökosysteme möglichst wenig belasten. Suffizienz strebt einen geringeren Verbrauch von Ressourcen durch eine verringerte Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen an, so diese Material und Energie verbrauchen. Die Verwendung von Rohstoffen in Kreisläufen („circular economy“) steht derzeit hoch

auf der politischen Agenda. In Hinblick auf eine praktische Umsetzung der verschiedenen notwendigen Aspekte stehen wir allerdings noch am Anfang. Da leider nicht zu erwarten ist, dass die Hersteller von sich aus diese Umstellung vollziehen werden, ist die europäische und internationale Politik aufgerufen, sich in Form von legislativen Rahmenbedingungen dafür einzusetzen.

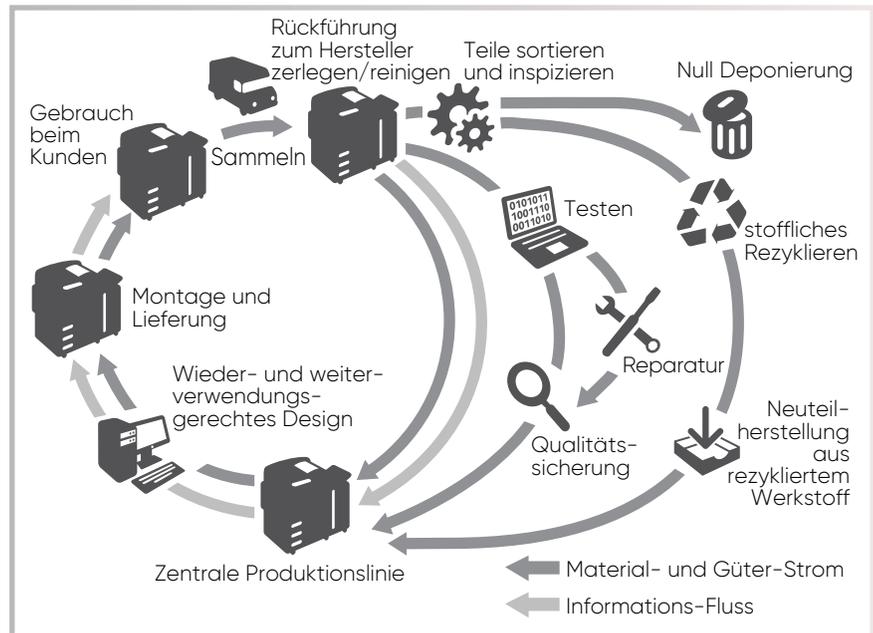
Einer der dringendsten Handlungsbe-  
reiche in Bezug auf elektronische Ge-  
brauchsgegenstände ist es, eine längere  
Nutzung der Geräte zu erwirken, um den  
Rohstoffbedarf zu reduzieren. Dies kann  
durch Veränderungen in der Konzeption  
(Planung, Design) und der Herstellung von  
Produkten erreicht werden. Die Geräte  
müssen „clever designed“ sein, damit sie eine längere  
Haltbarkeit aufweisen – aufrüstbar, reparierbar und auch  
für die Wiederverwertung konzipiert (design for recycling).  
Im Allgemeinen gilt auch hier „Weniger ist mehr“. So gibt  
etwa selbst der Mobiltelefonhersteller „Fairphone“ zu be-  
denken: „We like to say that the fairest phone available  
is the one you already own.“ Denn laut Schätzungen  
des Umweltprogramms der Vereinten Nationen fallen  
jährlich weltweit 41 Millionen Tonnen Elektroschrott an.  
Allein 2014 wurden in der EU 3,6 Millionen Tonnen Elektro-  
und Elektronik Altgeräte gesammelt.<sup>25</sup> Davon machen  
große Haushaltsgeräte etwa 1,7 Millionen Tonnen oder  
47% der gesamten in der EU-28 gesammelten Geräte  
aus. IT- und Telekommunikationsausrüstungen und Un-  
terhaltungselektronik machten etwa 550.000 Tonnen  
bzw. 542 000 Tonnen aus.<sup>26</sup>

Trotz zahlreicher Initiativen und Bemühungen steckt  
die Sammlung und die Behandlung von Elektronik-  
schrott noch weitgehend in den Kinderschuhen. Denn  
die Zusammensetzung dieses Abfallstroms (Anteile und  
Lokalisation verwertbarer Rohstoffe, Gehalt an poten-  
tiell toxischen Stoffen) variiert signifikant von Produkt  
zu Produkt und ist daher derzeit schwer zu managen.  
Dazu kommt, dass ein Teil des europäischen E-Abfalls  
auf illegalem Weg aus Europa exportiert wird und in  
Ländern wie China oder Ghana landet, wo mithilfe  
gesundheits- und umweltschädlicher Methoden Gold,  
Silber, aber auch Kupfer, Zinn, Aluminium und andere  
Materialien rückgewonnen werden. Der Bericht der  
“European Union Action to Fight Environmental Crime”  
(EFFACE) schätzt<sup>27</sup>, dass jährlich 8 Millionen Tonnen

<sup>25</sup> Baldé / Wang / Kuehr / Huisman: The global e-waste monitor – 2014, 2015, <https://i.unu.edu/media/unu.edu/news/52624/UNU-1stGlobal-E-Waste-Monitor-2014-small.pdf>

<sup>26</sup> Waste electrical and electronic equipment (WEEE); Siehe [http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Waste\\_statistics\\_-\\_electrical\\_and\\_electronic\\_equipment](http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Waste_statistics_-_electrical_and_electronic_equipment)

<sup>27</sup> Illes / Schweizer / Geeraert: Illegal shipment of e-waste



Grafik: Fuji Xerox (2014)<sup>28</sup>

Elektroschrott aus der EU illegal alleine nach China exportiert werden.

Besonders schlecht rezyklierbare Stoffe oder besonders umweltbelastende Bestandteile sollten so schnell wie möglich durch alternative umweltverträglichere Rohstoffe oder Technologien ersetzt werden. Langfristig ist der Aufbau eines flächendeckenden europaweiten „Reduce, Reuse, Recycling-Programms“ für Rohstoffe unumgänglich. Die langfristigen Vorteile einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft sind offensichtlich: Durch die Verwendung von Sekundärrohstoffen werden die negativen Umweltauswirkungen der Primärrohstoffgewinnung vermindert.

#### Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:

- ➔ Die Aktualisierung des Österreichischen Ressourceneffizienz Aktionsplans (REAP) und dessen Erweiterung um **verbindliche Ressourcenreduktions- und Ressourceneffizienzziele**.
- ➔ Die **Verbesserung des Ökodesigns** im Hinblick auf Materialeffizienz, Produktlebensdauer, Reparierbarkeit, Recyclingeignung sowie verringerte Schadstoffgehalte.
- ➔ Die **Verlängerung der Gewährleistungsfrist** sowie die Verfügbarkeit von kostengünstigen oder gar kostenlosen Ersatzteilen sowie die steuerliche Begünstigung von Dienstleistungen wie Reparatur und Wartung. So sollte beispielsweise die Mehrwertsteuer auf Reparaturen nach dem Vorbild Schweden gesenkt werden.
- ➔ Besonders schlecht rezyklierbare Stoffe oder **beson-**

from the EU. A case study on illegal e-waste export from the EU to China, 2015, [www.ecycle.eu](http://www.ecycle.eu)

<sup>28</sup> [https://www.fujixerox.com/eng/company/sr/booklet/2014e\\_12.pdf](https://www.fujixerox.com/eng/company/sr/booklet/2014e_12.pdf)

**ders umweltbelastende Bestandteile** sollten so schnell wie möglich durch alternative, umweltverträglichere Rohstoffe oder Technologien **ersetzt werden**.

- **Verbindliche Wiederverwendungsziele** für Elektrogeräte und ihre Komponenten.
- Die Umsetzung einer **echten „Kreislaufwirtschaft“** mit geschlossenen Lebenszyklen für Produkte mit einer möglichst geschlossenen Wertstoffwirtschaft.

- Den Aufbau einer **sharing economy**, die darauf abzielt, dass nicht mehr jede Einzelperson alle Gegenstände des täglichen Bedarfs selbst besitzt, sondern dass einzelne Geräte von mehreren Personen gemeinsam genutzt werden. Dies soll – frei nach dem Motto „Nützen statt Besitzen“ – zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, z.B. durch deutliche Einsparungen beim Ressourcenverbrauch.

## **BEWUSSTSEINSBILDUNG UND BETEILIGUNG**

Ein nachhaltigerer Umgang mit natürlichen Ressourcen bedarf einer grundlegenden Veränderung unserer Lebensstile und Konsummuster. Solche zu erwirken ist ein langfristiger Prozess und muss die gesamte Gesellschaft einbinden und beteiligen.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen erfüllen in diesem Zusammenhang eine wichtige Aufgabe. Sie stehen in direktem Kontakt mit ihren Dialoggruppen und motivieren sie zu Verhaltensänderungen und stoßen Innovationen an. Die organisierte Zivilgesellschaft sollte daher auch aktiv an der Politikgestaltung und der Planung und Durchführung von Maßnahmen beteiligt werden.

Wie eine Eurobarometer-Umfrage zeigt, halten die österreichischen KonsumentInnen eine gerechte Entwicklung in den Ländern des Südens für wichtig. Gleichzeitig ist das Wissen über Entwicklungszusammenarbeit und globale Zusammenhänge beschränkt.<sup>29</sup> Österreich kann durch gezielte Förderung sektorenübergreifender Bildungs- und Informationsarbeit (z. B. in der Ausbildung von JournalistInnen, Gestaltung von Lehrplänen) zu globalen Zusammenhängen im Rohstoffbereich das Bedürfnis der BürgerInnen nach mehr Information unterstützen und somit einen Grundstein für die oben beschriebenen Veränderungen legen.

### **Vor diesem Hintergrund fordert die AG Rohstoffe:**

- Die Umgestaltung zu einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise braucht **Bewusstsein und entsprechende Qualifikationen in allen Bildungsbereichen**. Dafür müssen die Themen Ressourcenschonung und Ressourceneffizienz auch in die formalen Bildungsvorgaben wie Lehr- und Studienpläne Eingang finden. Ein besonderes Augenmerk könnte hier zum Beispiel

auf die Bewusstseinsbildung in der Ausbildung angehender ÖkonomInnen und TechnikerInnen gelegt werden.

- Es sollten **Beteiligungsprozesse bei der Formulierung von Rohstoffpolitiken und -strategien** etabliert werden, die eine adäquate Einbindung der Zivilgesellschaft gewährleisten. Die im Jahr 2008 vom Ministerrat beschlossenen „Standards der Öffentlichkeitsbeteiligung“<sup>30</sup> bieten hierfür eine sehr gute Richtschnur.
- Entsprechende **Förderungsmöglichkeiten** für die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen müssen bereitgestellt werden. Die zivilgesellschaftliche Arbeit und Kooperation entlang der gesamten Lieferkette von IT-Produkten soll gestärkt werden. In Österreich und Europa geht es v. a. um den Einsatz für ressourcenschonendere Lebensstile, die Mitwirkung an der Gestaltung von Rohstoffpolitik(en) und beispielhafte Pilotprojekte. In ressourcenreichen Entwicklungsländern ist die Stärkung der Zivilgesellschaft besonders wichtig, um Menschenrechts- und Umweltschutz, Transparenz, Korruptionsbekämpfung und Menschenrechtsverteidiger/innen zu schützen.
- Die **Forschungsförderung** sollte in ihrem Fokus dringend ausgeweitet werden. Forschung zu den Auswirkungen der Rohstoffpolitiken des globalen Nordens auf den Gestaltungsspielraum sowie die soziale und ökologische Situation in Abbauländern ist zu ermöglichen, sowie solche, die gesellschaftliche Veränderungsprozesse in Richtung ressourcenschonenderer Lebensstile unterstützt und befördert.

<sup>29</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/archives/ebs/ebs\\_421\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_421_de.pdf)

<sup>30</sup> [http://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/Standards\\_OeB/standards\\_der\\_oeffentlichkeitsbeteiligung\\_2008\\_druck.pdf](http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Standards_OeB/standards_der_oeffentlichkeitsbeteiligung_2008_druck.pdf)



# ARBEITSGEMEINSCHAFT ROHSTOFFE

Die ARBEITSGEMEINSCHAFT ROHSTOFFE ist ein Bündnis österreichischer NGOs mit dem Ziel, negative Auswirkungen des Abbaus mineralischer Rohstoffe etwa für IT- und Hochtechnologie-Produkte durch deren Herstellung, Nutzung und Entsorgung zu verringern sowie gleichzeitig positive Ansätze eines nachhaltigeren Umgangs mit diesen Materialien politisch und gesellschaftlich voranzutreiben. Konkret heißt dies, nationale, europäische und internationale Rohstoffpolitik mitzugestalten und zu einem bewussteren gesellschaftlichen Umgang mit mineralischen Rohstoffen beizutragen.

Die AG Rohstoffe wird von Dreikönigsaktion der Katholischen Jungschar, GLOBAL 2000, Finance & Trade Watch, Südwind und dem Netzwerk Soziale Verantwortung (NeSoVe) gebildet. Wissenschaftlich begleitet wird das Bündnis durch die Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung (ÖFSE) sowie das Ludwig Boltzmann Institut für Menschenrechte.



Kontakt: Herbert Wasserbauer  
herbert.wasserbauer@dka.at  
www.dka.at/rohstoffe



Kontakt: Lisa Kernegger  
lisa.kernegger@global2000.at  
www.global2000.at



Kontakt: Thomas Wenidoppler  
thomas.wenidoppler@ftwatch.at  
www.ftwatch.at



Kontakt: Konrad Rehling  
konrad.rehling@suedwind.at  
www.suedwind.at



Kontakt: Marieta Kaufmann  
marieta.kaufmann@sozialeverantwortung.at  
www.sozialeverantwortung.at

## IMPRESSUM

**Juni 2017**

AG Rohstoffe  
c/o Dreikönigsaktion  
- Hilfswerk der Katholischen Jungschar  
Wilhelminenstraße 91/II  
1160 Wien

**Layout:** Matthias Kötter

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier.



Dieses Positionspapier wurde mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der AG Rohstoffe wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dar.